

NEIN zum erweiterten Euro Rettungsschirm zu weiteren Geschenken an die Finanzmafia!

**Die Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Mansfeld-Südharz
bzw. Saalekreis stimmten am 29. September 2011 wie folgt ab:**



Harald Koch
DIE LINKE.

NEIN



Silvia Schmidt
SPD

JA



Dr. Christoph Bergner
CDU/CSU

JA

So haben alle Abgeordneten der einzelnen Bundestagsfraktionen über die von Union und FDP vorgeschlagene Erweiterung des so genannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (EFSF) gestimmt:

| Fraktion | Ja | Nein | Enthaltung |
|------------------|----------|-----------|------------|
| CDU/CSU | 226 | 10 | 1 |
| SPD | 141 | 1 | 1 |
| FDP | 89 | 3 | 1 |
| DIE LINKE | 0 | 70 | 0 |
| GRÜNE | 67 | 1 | 0 |

V.i.S.d.P.: Harald Koch, MdB Fraktion DIE LINKE,
Bürgerbüro Kornmarkt 6, 06526 Sangerhausen, Telefon: (03464) 615 9830
www.harald-koch-mdb.de | harald.koch@wk.bundestag.de
Bildquellen: Dr. Christoph Bergner: DBT/ Blanke;
Silvia Schmidt: SPD Parteivorstand/ D. Butzmann

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

NEIN zum erweiterten Euro Rettungsschirm zu weiteren Geschenken an die Finanzmafia!

Auch der ausgeweitete EuroRettungsschirm wird weder den Euro, noch die EU retten im Gegenteil: Es werden weiterhin Milliarden von Steuergeldern dafür verbrannt, Bankprofite und Spekulationsgewinne zu sichern. Den Ländern, die Gelder aus dem Fonds erhalten, wird ein Rettungsring aus Blei zugeworfen. Die ökonomisch unsinnigen und sozial ungerechten Kürzungsprogramme treiben die Länder in die Rezession: Ihre Schulden werden weiter steigen.

DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat deshalb am 29. September 2011 gegen die Aufstockung und Ausweitung des Euro-Rettungsschirms gestimmt. Alle anderen Fraktionen von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD stimmten an diesem historischen Tag dem Eurorettungsschirm zu und damit für die Erhöhung des finanziellen Risikos für deutsche Steuerzahler für mindestens 253 Milliarden Euro, was ein weiteres Geschenk an die Finanzmafia ist.

DIE LINKE. fordert die Verursacher und Profiteure der Krise endlich zur Kasse zu bitten. Wer wirklich Schulden reduzieren will muss Vermögen reduzieren. Denn die Schuldenkrise und der wachsende private Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Allein das Vermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre beläuft sich auf über

10 Billionen Dollar, dem stehen 10 Billionen Euro an Staatsschulden der gesamten EU gegenüber. Durch eine Vermögensabgabe für Superreiche ließe sich die europäische Schuldenkrise überwinden. Dies wäre nur gerecht, denn sowohl von der Zockerei auf den Finanzmärkten als auch von der Bankenrettung haben in erster Linie die Reichen und Superreichen profitiert.

Weiterhin müssen die Spekulanten an die Kette gelegt werden, indem die Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten abgekoppelt wird und die privaten Banken vergesellschaftet und strikt reguliert werden. Um die Ursachen der Krise anzugehen, brauchen wir eine koordinierte Wirtschaftspolitik in der EU, die vor allem auf den Abbau der hohen deutschen Exportüberschüsse zielt über Mindestlöhne auch in Deutschland und mehr öffentliche Investitionen. Wer wirklich Ja zu Europa sagt, musste Nein zum erweiterten Rettungsschirm sagen. Denn Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G